

Sehr geehrte Frau Harms,
sehr geehrter Herr Triebe,
sehr geehrter Herr Teufel,

vielen Dank für Ihre Anfrage zu meinen rentenpolitischen Zielen, die Sie an mich als Bundestagskandidaten über die Grüne Landesgeschäftsstelle NRW gesandt haben.

Eine dauerhaft verlässliche, gerechte und solidarische Ausrichtung des Rentensystems hat eine hohe Priorität für uns Grüne. Es gilt, Menschen auch nach ihrem Berufsleben zu ermöglichen, am Leben in der Gemeinschaft aktiv teilzunehmen. Dazu gehört, dass Altersarmut aktiv bekämpft wird. Zudem gilt es sicherzustellen, dass Menschen, die viele Jahre gearbeitet, Kinder erzogen oder Angehörige gepflegt haben, nach ihrem Berufsleben eine angemessene Rente bekommen. Vor diesem Hintergrund nehme ich folgendermaßen zu den von Ihnen gestellten Fragen Stellung:

1. Lebensstandard im Alter sichern: Werden Sie sich dafür einsetzen, dass die gesetzliche Rentenversicherung wieder das ursprüngliche Ziel bekommt, den Lebensstandard im Alter zu sichern und dazu das Rentenniveau auf einen Stand anzuheben, wie er vor 1990 erreicht war?

Teilweise. Die gesetzliche Rentenversicherung ist nur dann dauerhaft gerecht aufgestellt, wenn langjährig Versicherten keine Armut im Alter droht und wenn sich die eigenen Beiträge tatsächlich lohnen. Wenn Menschen trotz langjähriger Beitragszahlung im Alter droht, in die Sozialhilfe abzurutschen, hat das gesetzliche Sozialversicherungssystem ein erhebliches Legitimitätsproblem. Daher setze ich mich für eine starke gesetzliche Rentenversicherung mit einem angemessenen Rentenniveau ein. Wir Grüne möchten eine steuerfinanzierte Garantierente einführen, die ein Mindestrentenniveau sichert. Über die Garantierente soll langjährig Versicherten ein Betrag von mindestens 850 Euro pro Monat zustehen.

2. Altersarmut verhindern: Werden Sie sich dafür einsetzen, dass der Staat wirksame Maßnahmen ergreift, die Altersarmut verhindern?

JA. Die Grünen setzen sich schon seit langer Zeit für eine steuerfinanzierte Garantierente ein, die langjährig Versicherten eine Rente oberhalb des Grundsicherungsniveaus garantiert.

3. Erwerbstätigenversicherung: Werden Sie sich dafür einsetzen, dass die verschiedenen gesetzlichen Altersversorgungssysteme zu einer solidarischen Rentenversicherung zusammengefasst werden, in die alle Erwerbstätigen einzahlen?

JA. Unser Ziel ist es, eine Bürgerversicherung einzuführen, in der Kranken- und Pflege- sowie der Rentenversicherung zusammengeführt werden. Alle Bürgerinnen und Bürger sollen in diese Bürgerversicherung einbezogen werden.

So sind sie gut abgesichert und versorgt und können sich entsprechend ihrer Einkommen an der Finanzierung beteiligen. Im Ergebnis wäre die Bürgerversicherung solidarischer, gerechter und verlässlicher als die derzeitige Lösung.

4. Finanzierung der gesetzlichen Rentenversicherung stärken: Werden Sie sich dafür einsetzen, die finanzielle Basis der gesetzlichen Rentenversicherung zu stärken, indem z.B. sämtliche nicht beitragsgedeckte Leistungen aus Steuermitteln kompensiert werden und Förderungsbeträge zur privaten Rentenversicherung zukünftig zur Finanzierung der gRV umgeleitet werden?

Teilweise. Es gilt die Einnahmesituation der Rentenkasse nachhaltig zu verbessern. Hierfür schlagen wir verschiedene Maßnahmen vor. Sinnvolle Maßnahmen sind zum Beispiel eine stärkere Bundesbeteiligung an den sogenannten versicherungsfremden Leistungen und die Möglichkeit,

freiwillige Beiträge zur gesetzlichen Säule über Riester-Programme entsprechend gefördert zu bekommen.

5. Rentenpolitische Fehler korrigieren: Werden Sie sich dafür einsetzen, fehlerhafte rentenpolitische Entscheidungen zu korrigieren, insbesondere:

Riester-Rente, nachgelagerte Besteuerung (z.B. durch höhere Freibeträge), doppelte bzw. nachträgliche Verbeitragung in die Kranken-/ Pflegeversicherung, Privatisierung der Berufsunfähigkeitsrente, Zwangsverrentung von Hartz-IV-Empfängern, die immer noch nicht erfolgte Gleichstellung von Ost- mit West-Renten?

Teilweise. Bündnis 90/Die Grünen setzen sich dafür ein, die Riester-Rente grundlegend zu reformieren. Wir wollen ein einfaches, kostengünstiges und sicheres Basisprodukt einführen, das als öffentlich verwaltetes Produkt neben die bereits bestehenden Vorsorgeangebote treten soll. Die öffentliche Förderung der privaten Altersvorsorge ging in der Vergangenheit zulasten der Geringverdienenden. Bei den Erwerbsminderungsrenten sehen wir deutlichen Nachbesserungsbedarf und fordern die Abschaffung der Abschläge, sofern der Zugang zur Erwerbsminderungsrente aus rein medizinischen Gründen erfolgte.

Die Zwangsverrentung lehnen wir komplett ab. Bei der Renteneinheit sind wir die einzige Fraktion, die sofort eine komplette Vereinheitlichung zwischen Ost und West fordert.

Mit besten Grüßen,

Jan-Niclas Gesenhues

Bündnis '90/Die GRÜNEN im Kreis Steinfurt Bundestagskandidat im Wahlkreis Steinfurt III Sprecher der Kreistagsfraktion Vorsitzender des Umweltausschusses

Mobil: +49 176 708 683 24

E-Mail: Jan-Niclas.Gesenhues@gruene-kreis-steinfurt.de